Nummer 268 — Halle, Freitag, den 14. November 1924 — 59. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonnel-Zeilen berechnet: die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Str. Beauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung hallesaale". Bank-Konten: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig für 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses hat namens der im Evangelischen Kirchenbund vereinigten deutschen evangelischen Kirchen an die Vorstände sämtlicher politischer Parteien die dringende Bitte ausgesprochen, daß in allen Ländern, in denen die evangelische Kirche den Buß- und Bettag sowie den Totensonntag begeht, der Ernst und die Stille dieser Tage nicht durch Wahlversammlungen und die mit ihnen verbundenen Kämpfe gestört und dadurch das religiöse Empfinden weitester Kreise verletzt wird.

*

Die Besprechungen im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern der Länder über eine maßvolle Erhöhung der Beamtengehälter finden bestimmt am Dienstag, dem 18. November, statt. Die Besprechungen mit den Gewerkschaften folgen später.

Die Beamtenorganisationen rechnen auf eine Erhöhung um etwa 10 Prozent.

*

Der Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtages lehnte mit großer Mehrheit einen sozialistischen Antrag ab, der die Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß sie so rasch als möglich die achtstündige Arbeitszeit wieder einführt. Von der Staatsregierung wurde erklärt, daß die schematische Regelung der Arbeitszeit unmöglich sei.

*

Im Haushaltsausschuß des bayrischen Landtages wurde angeregt, amerikanische Anleihen für die private Wohnungsbautätigkeit zu ermitteln. Sozialminister Oswald erklärte, man solle diese Anleihen nicht zu sehr in den Vordergrund stellen, da sehr schwer und nicht unter zehn Prozent Geld aus Amerika zu haben sei.

*

Der Hannoversche Oberbürgermeister Leinert tritt mit dem 1. Januar endgültig mit den gesetzlichen Pensionsbezügen „in den Ruhestand". Das hindert aber nicht, daß er auf Grund eines gestrigen Beschlusses des sozialistischen Bezirksparteitages an sicherer Stelle auf die preußische Landtagswahlliste gesetzt wird. — Der Fall Leinert wird immer mehr zum Musterbeispiel für sozialistische Mißwirtschaft. Wenn wir noch einmal eine Linksregierung bekommen, werden wir Tausende und Abertausende von Leinerts für nichts und wieder nichts durchzufüttern haben.

*

Im Anschluß an die Zusammenstöße, zu denen es am 26. Oktober in Striegau zwischen dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Stahlhelmleuten kam, hat der Regierungspräsident einen Regierungsrat als Kommissar zur Leitung der Untersuchung nach Striegau gesandt. Nach umfangreichen Zeugenvernehmungen und Gegenüberstellungen sind zwei Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der sozialistische Stadtrat Müller und der Hauptlehrer Gebürt festgenommen worden.

*

Durch Verordnung des polnischen Gesamtministeriums fällt auf den polnischen Polizeistationen das lästige Aufsteigen der Reisenden fort. Die Revision findet künftig im Zuge selbst statt. Damit ist endlich ein langersehnter Wunsch der Reisenden in Erfüllung gegangen.

*

In London soll die vom Völkerbunde Griechenland bewilligte Anleihe in den nächsten Wochen aufgelegt werden. Die Anleihe soll zur Verbesserung der Lage der griechischen Flüchtlinge verwandt werden. Sie wird 10 Millionen Pfund betragen.

*

Ein Kommunique der spanischen Regierung teilt mit, daß die Jahresklasse 1921 unter den Fahnen gehalten und die Jahresklasse 1924 einberufen werde, um die Operationen in Marokko fortsetzen zu können — Sollten nicht vielleicht eher innerpolitische Gründe für die Maßnahme bestimmend gewesen sein?

*

Die Londoner „Times" veröffentlicht eine Erklärung Abd el Krims, daß das Gebiet des oberen Wergaflusses im Osten von Fez, das kürzlich von französischen Truppen besetzt wurde, sich unter seinem Schutz befinde. Er müsse das eigenmächtige Vorgehen als einen Ueberfall in sein Gebiet betrachten. Der Riffführer wäre bereit, mit den Franzosen zu verhandeln, wenn sie davon Abstand nehmen, in ein von der Rifarmee besetztes Gebiet einzudringen. Im anderen Fall würden die Rifleute ihr Recht mit den Waffen zu verteidigen wissen.

*

Wie das Pariser „Journal" meldet, hat Monsignore Dolci, der augenblicklich in der Türkei weilt, den Auftrag erhalten, mit der türkischen Regierung über die Einrichtung einer Nuntiatur in Konstantinopel zu verhandeln.

*

Wie aus Mexiko gemeldet wird, hat der Außenminister Schritte unternommen, um durch Vermittelung der Vereinigten Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien wieder aufzunehmen.

Deutsch-französische Differenzen

Stockung in den Handelsvertragsverhandlungen.

Der Pariser „Matin" meldet, daß die französisch-deutschen Wirtschaftsbesprechungen wegen der Haltung der deutschen Unterhändler in der Frage der 26prozentigen Ausfuhr-Abgabe eine kritische Wendung zu nehmen drohen.

„Die Deutschen", so schreibt das Blatt, „scheinen die notwendigen Zugeständnisse nicht machen zu wollen, ohne daß es indes ersichtlich sei, ob es ihnen auf eine Kompensation ankomme oder die bevorstehenden Reichswahlen ins Gewicht fallen". Auf jeden Fall haben die Sachverständigenbesprechungen eine Unterbrechung erfahren und die beiden Regierungen wurden zu einem Meinungsaustausch veranlaßt.

Der „Matin" stellt fest, daß die Zusammenkunft, die vorgestern am Quai d'Orsay zur Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten einberufen worden war, ergebnislos verlaufen sei.

Zu dieser Meldung, daß die 26prozentige Abgabe, die die Franzosen neuerdings auf die deutschen Einfuhrwaren legen, der Grund der Meinungsverschiedenheiten sei, ist zu bemerken, daß der bisherige Generalagent für Reparationszahlungen, Owen Young, diese Abgabe als gegen den Dawesplan verstoßend bezeichnet hatte.

Um die Freiheit der deutschen Luftschiffahrt.

Die Meinungsverschiedenheiten über die künftigen Handelsbeziehungen sind nicht die einzigen aktuellen Streitpunkte mit Frankreich:

Der Sachverständige des „Daily Telegraph" für Flugwesen weist darauf hin, daß am 15. November das bisherige Abkommen über die Beschränkung des deutschen Flugwesens abläuft. Die deutsche Regierung werde von diesem Tage an den Ueberfliegen des deutschen Reichsgebietes für ausländische Groß-Flugzeuge verbieten, falls die Beschränkungen der deutschen Luftschiffahrt durch die Alliierten bis zu diesem Tage nicht geändert werden. Betroffen wurden dadurch vor allem die englischen Flugzeuge, die zur Zeit den Dienst mit Deutschland versehen.

Der Sachverständige macht auf die unangenehmen Folgen für das englische Flugwesen aufmerksam und tritt für eine Abänderung der Bestimmungen ein, die bisher an dem

Widerstand Frankreichs

gescheitert sei. Er schreibt, die Regelung der Frage dürfe ein Prüfstein der Tragfähigkeit der englisch-französischen Beziehungen gegenüber einer Verständigung mit Deutschland sein. Die gegenwärtigen Beschränkungen des deutschen Luftverkehrs seien vom militärischen Standpunkt aus völlig sinnlos und es sei wirklich hohe Zeit, daß die diesbezüglichen alliierten Bestimmungen einer Revision unterworfen werden.

Auf diese in England und Frankreich großes Aufsehen erregende Stellungnahme des einflußreichen Londoner Blattes antwortet „Die Zeit", das Organ des Außenministers Dr. Stresemann in geradezu sensationeller Weise wie folgt:

„Sollte der Widerstand Frankreichs gegen eine Milderung dieser Bestimmung des Friedensvertrages weiter bestehen bleiben, so würde die von England aus befürchtete Verfügung tatsächlich mit baldiger Wirkung erlassen werden, daß allen ausländischen Flugzeugen, die größer und stärker sind als die Flugzeuge, die in Deutschland gebaut werden dürfen, das Ueberfliegen deutschen Gebietes verboten wird."

Zur Zeit finden in Paris über diese Frage Verhandlungen statt.

Der **deutsche Standpunkt** ist der, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages über den Flugverkehr über Deutschland generell sein oder, wenn das dem Ausland nicht paßt, abgeändert werden müssen.

Im vergangenen Monat ist eine letzte kurzfristige, bis zum 15. November geltende Vereinbarung über den Verkehr englischer Flugzeuge über Deutschland getroffen worden. Diese Vereinbarungen konnten aber nur provisorisch sein, da es auf die Dauer nicht angängig ist, daß die deutsche Flugindustrie unter den Beschränkungen des Versailler Vertrages von der ausländischen Konkurrenz glatt an die Wand gedrückt wird.

Man hofft, daß die Verhandlungen in Paris Frankreich überzeugen werden, daß die Behinderung Deutschlands im Flugverkehr eine Schwächung des internationalen Luftverkehrs zur Folge haben muß.

Sollte sich jedoch Frankreich, sei es um des Buchstabens des Vertrages willen, sei es, um die Entwicklung der eigenen Flugzeugindustrie den internationalen Verkehrsinteressen voranzustellen, auf eine Abänderung der Bestimmungen nicht einlassen, so dürften noch in diesem Jahre dem Verkehr ausländischer Flugzeuge über Deutschland generell dieselben Beschränkungen auferlegt werden, wie sie für Deutschland im Versailler Vertrag vorgesehen sind.

Die Folge davon würde sein, daß über Deutschland nur kleinere Flugzeugtypen verkehren dürfen und für die leistungsfähigeren Flugzeuge des Auslandes mitten in Europa eine Verkehrsinsel geschaffen würde, die den internationalen Verkehr schwer schädigen muß.

*

Es ist eine wahre Wohltat, daß endlich einmal wieder eine deutsche Regierung den Mut aufbringt, unser deutsches Recht klipp und klar zu vertreten und sich dabei bewußt auf die Machtfaktoren zu stützen die verblieben sind. In diesem Falle auf unsere zentrale Lage in Europa und auf das dringende Interesse, das andere Staaten, besonders England, an einer befriedigenden Regelung haben. Hoffentlich bleibt diese Haltung unserer Regierung nicht nur ein Anlauf, sondern wird auch energisch durchgeführt.

Italien verzichtet auf das beschagnahmte deutsche Eigentum.

Die italienische Regierung teilte dem Botschafter des Deutschen Reiches, Freiherrn von Neurath, durch Note vom 10. November mit, daß sie unter Wiederholung der früheren mündlichen Zusage die Zusicherung erteilt habe, von dem ihr durch § 18 Teil VIII Anlage II des Versailler Vertrages zustehenden Recht bezüglich des deutschen Privateigentums keinen Gebrauch macht.

*

Italien war einer der ersten feindlichen Staaten, die die kleineren deutschen Vermögen von der Beschlagnahme freigaben. Jetzt werden also auch die größeren Vermögenswerte deutscher Privatpersonen freigegeben: ein bedeutsames Anzeichen für die Rückkehr zum Recht in den Völkerbeziehungen. Einzelheiten über die Handhabung der italienischen Entschließung sind noch nicht bekannt, es wird darüber vermutlich noch verhandelt werden müssen. Jedenfalls aber ist der Schritt der italienischen Regierung sehr zu begrüßen, er läßt erhoffen, daß Italien sich allmählich wieder seiner engen wirtschaftlichen Verknüpfung mit Deutschland als seinem naturgegebenen Hinterland bewußt wird, so daß wieder ähnlich gute und enge Beziehungen wie vor dem Kriege eintreten. Zugleich muß man die Zielbewußtheit Mussolinis anerkennen, mit der er die außenpolitischen Beziehungen seines Landes ausbaut. Eine Verständigung mit Deutschland würde zu der bereits erzielten Einigung mit Rußland, Türkei, Jugoslawien, Spanien und dem starken wirtschaftlichen Vordringen in der ehemaligen Donaumonarchie gewissermaßen den Abschluß bilden, durch den Italien das Uebergewicht seines gefährlichen Nachbars Frankreich in geschickterster Weise wettmachen könnte.

Die italienische Opposition gegen Mussolini, die gerade jetzt sehr laut wird, würde — sicherlich ohne es zu wollen — den Franzosen den denkbar größten Dienst erweisen, wenn sie Mussolini stürzte. Allerdings wird der Diktator sich nicht so leicht stürzen lassen.

Deutsche Arbeiter in Frankreich.

Die französische Kammer hat gestern über das Budget der öffentlichen Arbeit verhandelt. Der frühere Minister für öffentliche Arbeiten betonte die Zweckmäßigkeit der Verwendung deutscher Arbeitskräfte in Frankreich und erinnerte Herriot an die nach der Londoner Konferenz erteilten Zusagen. Der Berichterstatter äußerte sich zustimmend. Der Minister für öffentliche Arbeiten gab dann die Erklärung ab, **daß die Regierung die Heranziehung deutscher Arbeiter zu Wegeausbesserungen bereits in Betracht ziehe.**

— Wenn unsere Sozialisten so weiterwirtschaften können wie bisher, und unsere Industrie und Landwirtschaft mit ihrer Klassenkampfhetze erst noch ganz ruiniert haben, dann werden wir allerdings froh sein müssen, in Frankreich Wegeausbesserungsarbeiten" (!) vornehmen zu können, weil wir dann für die vielen Millionen Arbeitslose nicht einmal die Arbeitslosenunterstützung mehr aufbringen können. Die deutsche Arbeiterschaft scheint noch immer nicht zu ahnen, daß es bei den Wahlen am 7. Dezember um ihre nackte Existenz geht.

Sie sollte beherzigen, was gestern der **englische Arbeiterparteiler Thomas** im Eisenbahnerverbande in London über die Aufgabe der englischen Arbeiterpartei gesagt hat: Er verwahrte sich schärfstens gegen die Gerüchte, daß er auf einer Zusammenkunft des Nationalvorstandes der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Rede über **den Klassenkampf gehalten habe. „Durch den Klassenkampf kann nichts als Unheil erreicht werden.** Sowohl bei Arbeitnehmern als auch bei den Arbeitgebern muß dafür Sorge getragen werden, daß zwischen ihnen auf friedlichem Wege **alle Streitfragen gelöst werden."**

„Furchtbar einfach!"

Da hat uns vorgestern der Herr Reichswirtschaftsm nister Hamm im Sitzungssaale der Hugo Stinnes Riebeck-Montanwerke einen wunderschönen Vortrag über die Lage der deutschen Wirtschaft gehalten, und sprach nebenbei auch über **„Schutzzoll und Freihandel"** und entschied sich für gemäßigten Schutzzoll. Auch das war sehr schön.

Nur hätte man vom Herrn Minister gerade hierüber gern etwas Näheres gehört. Denn bei der jetzigen Neuregelung unserer Handelsbeziehungen zu fast ganz Europa ist das eigentlich die Grundfrage.

Da mir die Sache noch keine Ruhe ließ, bin ich nach dem Vortrag des Herrn Ministers, statt ihn auch noch bei dem nachfolgenden Essen im „Stadtschützenhaus" mitzuessen, **in ein etwas dunkles Lokälchen** abseits der Hauptstraßen gegangen, wo ich so mitunter die schönste Gelegenheit zu politischen Gesprächen mit allerlei Leuten aus allerlei Kreisen finde. Dort habe ich dann den Faden weitergesponnen und die Rede auf „Freihandel oder Schutzzoll" gebracht.

Natürlich gab es dort, wie überall, einige hochpolitische Köpfe, die sich mit wahrer Wut auf den Köder stürzten und sich darum herumzankten — bis sie sich totgebissen hatten. Als nun kein Mensch mehr aus und ein wußte und die Sache so richtig parlamentarisch, d. h. verfahren war, da klopft **mein alter Freund, ein biederer Schuhmachermeister von anno toback** seine dicke Pfeife mit solcher Energie an der Tischkante aus, daß alles still wird. Und dann erklärt er in einer ruhigen, grundgescheuten Weise:

„Leute, Ihr phantasiert über Schutzzoll und Freihandel, daß einem ganz dumm davon wird. Die Sache ist doch furchtbar einfach.

Also: Vor 60 Jahren, als mein Vater jung war — Gott hab ihn selig — da war er der einzige Schuster im Dorf und machte seine Schuhe schlecht und recht, ein bißchen größer oder kleiner, aber sonst alle gleich. Und er hatte sein Auskommen dabei. In die Politik übertragen, würde man großartig sagen: er hatte das Schustermonopol, oder um auf Schutzzoll und Freihandel zu kommen: **er hatte einen Schutzzoll auf Schuhe** (denn das nächste Dorf und der nächste Schuster waren so weit, daß es nicht lohnte, wo anders Schuhe machen zu lassen, sie wären durch den weiten Weg zu teuer geworden).

Das blieb also lange Jahre sehr schön, **bis mein Bruder von der Wanderschaft kam** und nun auch im Dorf das Schustern anfing auf eigene Rechnung. Da war es nun also vorbei mit meines Vaters Schustermonopol oder Schutzzoll.

Und da mein Bruder sich draußen gut umgesehen und was gelernt hatte, so ließen die Leute alle bei ihm die Schuhe machen und für meinen guten Vater wäre eine sehr schlimme Zeit gekommen, wenn er nicht noch sein bißchen Acker gehabt hätte.

Seht Ihr, Leute, **wie mit meinem Vater und meinem Bruder, so ist es auch mit dem Schutzzoll und dem Freihandel.** Der Schutzzoll ist nicht richtig, und der Freihandel ist nicht richtig, sondern es kommt ganz darauf an. Wenn einer tüchtiger als die anderen ist, dann braucht er keinen Schutzzoll, sondern jetzt sich auch so durch und durchbricht sogar die Monopolstellung, die andere vorher hatten. Ist er aber nicht so tüchtig wie die anderen, dann muß er Schutzzoll haben, sonst verhungert er oder muß wegsterben, wie mein guter Vater.

Und wenn da die Politiker kommen und die einen partout Schutzzoll und die anderen partout Freihandel wollen, dann ist das alles Unsinn. Sondern es kommt ganz darauf an:

Wenn wir Deutschen sicher sind, daß wir unsere Waren besser, d. h. entweder wirklich besser oder gleich gut aber billiger herstellen können als andere, dann brauchen wir keinen Schutzzoll und finden trotzdem unser Auskommen. Wenn es aber die anderen Völker besser können als wir, dann brauchen wir Schutzzoll, sonst geht es uns von ihnen auf dem Weltmarkt und im eigenen Lande, wie es meinem Vater im Dorf von meinem Bruder ging: dann kauft kein Mensch unsere Waren mehr, sondern kauft die billigere und bessere ausländische Ware und wir sitzen da, werden nichts los und müssen hungern.

Was **unsere Landwirte** sind, die verstehen was, die brauchen sich vor anderen nicht zu verstecken. Aber sie haben in Deutschland durchschnittlich einen recht mäßigen Boden, der viel Dünger und Arbeit braucht, und sie haben mächtige Steuern wie wir alle. Da können sie mit Landwirten in anderen Ländern, wo besserer Boden und weniger Steuern sind, im Preise nicht mitkommen oder wenigstens nur, wenn sie ihren Dünger und ihre Geräte und was sie fürs Haus und zum Anziehen brauchen, wenn sie das billiger als die ausländischen Landwirte kaufen können. Dann können sie mit dem fremden Getreide und Fleisch schon konkurrieren. So wie jetzt, da müssen sie das, was sie brauchen, teuer kaufen und das macht ihr Getreide teuer, wenn sie, wie es recht und billig ist, noch etwas daran verdienen und sich anschaffen wollen, was sie brauchen.

Darum brauchen sie Schutzzoll oder billigere Einkaufspreise.

Und die Industrie? Die könnte vielleicht auch, wie die Landwirte, trotz Steuern und trotz teuren Geldes ebenso billig und gut wie das Ausland liefern und dann brauchte sie keine Schutzzölle. Aber ich glaube da haperts: die Industrie, der geht's wie meinem Vater, sie kann ebendoch nicht in allem so mit, wie das Ausland, und **wenn sie keinen Schutzzoll mehr hätte,** dann würden die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241114019/fragment/page=0001

Leute wo anders kaufen, vom Ausland, wo es billiger ist, und unsere Industrie würde nichts mehr los und müßte, die Herren wie die Arbeiter, stillegen und hätten nichts zu verdienen und zu leben.

Also mit dem Schutzzoll und dem Freihandel, das ist furchtbar einfach, genau wie mit meinem Vater und meinem Bruder: **Wenn wir's besser und billiger können wie das Ausland, dann brauchen wir keinen Schutzzoll. Und wenn wir das nicht können, dann brauchen wir Schutzzoll, sonst haben wir keine Arbeit und kein Brot.**

Und wenn die Leute schreien: Schutzzoll! dann sagen sie damit, daß das Ausland es besser kann. Und da hilft eben alles nichts: entweder wir müssen Schutzzoll haben und müssen mit den Stiefeln zufrieden sein, so wie sie mein Vater machte, oder wir müssen uns feste dran halten, bis wir's besser und billiger können, so wie mein Bruder. **und dann brauchen wir keinen Schutzzoll mehr** gegen ausländische Waren und haben Arbeit genug und die Leute kriegen bessere Schuhe. **Auf die Dauer aber hilft kein Schutzzoll, sondern nur, daß wir es flinker und besser machen als die anderen.**"

Damit setzt er sich hin. —

. . . . . Und weil er mir meinen heutigen Leitartikel gemacht hat, da habe ich schnell noch einen ausgegeben und dann bin ich nach Hause gegangen und habe es aufgeschrieben. E.

Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Die Morgenblätter berichten: Auf einer Tagung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des großen Ausschusses der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände führte der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Sorge, aus, daß Hoffnung bestehe, daß die Lasten des Dawesgutachtens unter dem Druck der Verhältnisse erleichtert werden würden. **Die Durchführung des Gutachtens in seiner jetzigen Gestalt sei auf die Dauer nicht möglich.**

Fabrikbesitzer G. Müller-Gerlinghausen sprach über die **Handelsvertragsverhandlungen** und über die Zolltarifrevision. Er gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß Deutschland volle Meistbegünstigung unter Beibehaltung eines mäßigen Zollschutzes zur Verhandlungsgrundlage machen müsse. Der neue Zolltarif müsse schleunigst geschaffen und nötigenfalls **durch Kabinettsbeschluß unter Mitwirkung des Reichsrates schon vor dem Zusammentritt des neuen Reichstages herausgebracht werden.**

Nach einer amtlichen Meldung trifft Japan Vorbereitungen, um Verhandlungen mit Deutschland wegen Abschlusses eines Handelsvertrags zu eröffnen. Der Vertrag wird auf der Grundlage der Meistbegünstigung beruhen, um den gleichen Zustand wieder herzustellen, wie er vor dem Kriege bestand.

Bayern für Steuerermäßigung und Schutz der Landwirtschaft.

In dem Kompromißantrag des Staatshaushaltsausschusses des Bayerischen Landtags wird die Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß erstens die mit einer Laufzeit von drei Monaten an die Landwirtschaft ausgegebenen **Wechselkredite auf ein Jahr verlängert** werden, zweitens weitere erhebliche, gering verzinsliche, in Jahresraten rückzahlbare Kredite gewährt werden, drittens für jene bayerischen Gebiete, die nicht als Notgebiete erklärt werden, entsprechende **steuerliche Erleichterungen** bei den Reichssteuern gewährt werden, viertens die Finanzämter neuerdings auf den Erlaß des Reichsfinanzministeriums verwiesen werden, daß bei Fortdauer der Leistungsfähigkeit Steuernachlaß zu erfolgen hat und die letzte Einkommensteuervorauszahlung erlassen wird, fünftens der Eigenverbrauch der Landwirtschaft von den Umsatzsteuern befreit und bei der sofort vorzunehmenden **Nachprüfung und Herabsetzung der für die Einkommen- und Vermögenssteuer festzusetzenden Werten** die Berufsorganisation der Landwirtschaft zur Mitwirkung herangezogen wird.

Ferner wird die bayerische Staatsregierung ersucht, auch in eigener Zuständigkeit Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft zu treffen. Die Staatsregierung wird ferner ersucht, erstens bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Revision der Steuergesetzgebung im Reiche mit dem **System der bisherigen Vorauszahlung von Einkommensteuern gebrochen** und daß wiederum nach dem tatsächlichen Ertrag besteuert wird, zweitens in den kommenden Steuergesetzen die **sozialen Begünstigungen für Kinderreiche, Kriegsbeschädigte, Erwerbsunfähige** und in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen Behinderte so wieder eingeführt werden, wie sie früher in Bayern bestanden haben, insbesondere auch ein **ausreichendes Existenzminimum** vorgesehen wird, drittens die etwa geplante **Kleinhandelssteuer abgelehnt** wird, viertens die für das Jahr 1924 geltenden Abschläge bei der Vermögenssteuer um 20 Prozent erhöht werden, fünftens bei der Veranlagung der Landwirtschaft zur Vermögensteuer das **steuerfreie Vermögen bei Kriegerwitwen, Schwerkriegsbeschädigten und kinderreichen Familien von 5000 auf 8000 Mark erhöht** wird, sechstens **Ehegatten und Kinder von Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit werden.**

*

— Man wird dem angeblich „reaktionären" Bayern wirklich nicht nachsagen können, daß es nicht ein sehr erfreuliches soziales Verständnis hätte.

Das Kreuz auf dem Kapitol.

Von Gustav W. Eberlein (Rom).

Von jenem Kreuz auf dem kleinen Hügel, der jedem Gebildeten sicherlich der heiligste ist nach Golgatha", wie Mussolini sagte, wissen die modernen Führer in den Händen der Fremden nichts zu melden.

Denn in jenen kirchendüsteren Tagen, anfangs der achtziger Jahre, deren Schatten noch nachwehten in der heimlichen Ueberführung eines toten Papstes, wie sie eine der jüngsten römischen Nächte sah, verschwand das Symbol des Christentums auf der Zinne des Glockenturms. Verschwand das Siegeszeichen über dem noch in seinen kümmerlichen Ueberresten erschütternden Trümmerfeld des alten römischen Reiches.

Niemand kann sagen, wer das Sinnbild der Statue hoch dort oben in die Faust drückte, jener Diana oder Vallona oder Roma — auch darüber streiten die Gelehrten. Sicher ist nur, daß die Göttin es schon trug, als Michelangelo den herrlichen kapitolinischen Platz schuf, in dessen Mitte er das Reiterstandbild Marc Aurels aufrichtete.

Alle Päpste seit jenem unglücklichen Pius, dem die einmarschierenden italienischen Truppen den Kirchenstaat zertrümmerten, haben um die Wiederaufrichtung des Kreuzes gekämpft. Vergeblich. Nun aber, an der Schwelle des heiligen Jahres, **errang der päpstliche Hof einen neuen Sieg. Von Mussolini aus gesehen, war es eine nicht minder geschickte Konzession** am Jahrestag des italienischen Sieges, unter Glockenläuten und Artilleriesalven fanden sich König und Papst, Faszismus und Kirche am Kapitol.

Was Carlo Santucci, der weise katholische Senator, im letzten heiligen Jahre, als König Humbert unter Mörderhand fiel, prophetisch ausgerufen hatte, es ging an diesem 4. November in Erfüllung: Möge das Kreuz auf dem Kapitol zurückkehren und die Achtung vor dem Kreuze Christi, auf daß unser in Gerechtigkeit und Ordnung erneutes Vaterland groß, ruhmreich und glücklich wieder werde!

. . . In einem alten Magazin hat die katholische Jugend Italiens das Kreuz aufgefunden, hat es vergolden lassen . . .

Strahlend und schlicht kehrt es nun, für sich allein vor der Statue. Rom hat sein Wahrzeichen wieder.

Te deum laudamus . . . Wie Schluchzen und Jubel zugleich bricht der Chor aus der Brust der Gläubigen, da zwei Waisen, die Kinder Kriegsgefallener, die Hülle wegziehen. Und auf den Knien liegen die Mütter und Frauen und Schwestern, die auf der Brust die Auszeichnungen ihrer toten Helden tragen.

Blumen rauschen nieder auf das Grab des Unbekannten Soldaten. Schon am frühen Morgen hat der König einen Kranz niedergelegt.

Altes und neues Kapitol sind eins.

Ueber dem Glockenturm kreisen mit metallenem Schrei die Riesenadler unserer Tage.

Und die Sonne lächelt heiter über dem unsterblichen Rom.

*

Die italienische Kammer ist gestern zusammengetreten. Es waren 450 Abgeordnete erschienen, davon 80 Abgeordnete der Mehrheit. Revoltella erklärte, daß diese Kammer des Gedächtnisses eines Matteotti unwürdig sei. Auf diese Aeußerung erhob sich ein Sturm unter der Mehrheit, und der Redner wurde mit Schimpfworten überhäuft. Nachdem es **beinahe zu einem Handgemenge gekommen wäre,** wurde endlich die Ruhe wieder hergestellt. Die Abwesenheit Giolittis rief bei allen Abgeordneten große Ueberraschung hervor.

Zu den Wahlen in Anhalt.

Von deutschnationaler Seite geht uns folgendes Schreiben zu:

Die Anhalter Wahlen haben den Demokraten und Sozialdemokraten je zwei Mandate als Gewinn gebracht. Die Kommunisten haben zwei und die Nationalsozialisten ein Mandat verloren. Aber auch **die Vereinigten Rechtsparteien haben mit einem Mandat Verlust abgeschlossen.** Es fehlten zu diesem einen Mandat 32 Stimmen. Es wird so leicht gelagt, auf eine Stimme kommt es nicht an. **Hier haben wir den Beweis, daß es auf jede Stimme ankommt.**

Sollte sich wirklich ein Mensch im Deutschen Reiche finden, der von dem schweren Gang am 4. Mai aus seiner Wohnung bis zum Wahllokal und von der schweren Anstrengung, auf dem Wahlzettel ein Kreuz zu verzeichnen und diesen Wahlzettel gar noch in einen Briefumschlag zu tun und dann wieder nach Haus zu gehen, jetzt noch müde sein? Wahlmüdigkeit ist eine Redensart, wir sollten lieber dafür sagen „**Wahlfaulheit**".

Man soll bedenken, worum es geht. Die Rechtsparteien, besonders die Deutschnationale Partei, möchten auf verfassungsmäßigem Wege **vieles ändern** und sind mit dem Parlamentarismus, wie er jetzt im Deutschen Reiche zu recht besteht, nicht einverstanden. Aber ändern kann man das nur, **wenn man sich der verfassungsmäßigen Mittel bedient,** und die einzige Waffe, die wir dazu haben, ist der Wahlzettel. Haben wir die Mehrheit im Parlament, dann können wir bessern. Bleiben wir in der Minderheit, dann wird weiterhin die Sozialdemokratie regieren und Deutschland immer mehr ins Elend stürzen.

Darum, wenn es zur Wahl geht, heißt es: **Willst du, daß Deutschland leben bleibt, dann gehe hin und tue deine Pflicht.** Ist dir aber das Wohl deines Vaterlandes, deiner Familie und schließlich dein Eigenwohl gleichgültig, dann bleibe der Wahl fern und hilf der Sozialdemokratie zum Siege! — Fort mit Gleichgültigkeit, fort mit Wahlfaulheit, auf in den Wahlkampf mit Vertrauen auf den Sieg des deutschnationalen Paniers!

Ordnung in die Sparkassenbetriebe!

Während früher die Kreissparkassen zu den bestfundierten Geldinstituten zählten, aus deren Gewinnen die Kreiskommunalverbände eisst nicht erhebliche Zuschüsse für Wohlfahrtszwecke usw. erhielten, hat sich dies Verhältnis jetzt, wie die Sparkassenskandale in Nordhausen, Elsterverda, Wittenberg, Torgau usw. zeigen, grundlegend geändert. Aus einem Ueberschußbetrieb sind die Sparkassen vielfach zu einer Gefahrenquelle für den Kreiskommunalverband geworden, da dieser verpflichtet ist, etwaige Fehlbeträge der Kreissparkasse durch erhöhte steuerliche Belastung der Kreisinsassen zu decken. Diese bedauerliche, das Ansehen der Kreissparkassen stark schädigende Entwicklung ist u. E. in erster Linie darauf zur zurückzuführen, daß seit der Revolution zahlreiche Landratsposten mit Persönlichkeiten besetzt worden, die entweder nicht genügende Kenntnisse für die verantwortungsvollen Aufgaben mitbrachten, die ihnen aus ihrer Stellung als Vorsitzender der Kreissparkasse erwuchsen, oder aber ihre Stellung bewußt zu allerhand persönlichen mit der Stellung eines Landrats nicht vereinbarenden Maßnahmen mißbrauchten.

Im Interesse der Erhaltung des Vertrauens der Bevölkerung zu den Kreissparkassen und um weitere Schädigung der Kreissparkassen und um weitere Schädigung der Kreisinsassen durch leichtfertige Kreditgewährungen zu verhindern, fordert der Landbund Provinz Sachsen daher in einer eingehenden Eingabe an den preußischen Minister des Innern:

a) Besetzung der Landratsposten nur mit Persönlichkeiten, die über die nötige Vorbildung und Zuverlässigkeit für das Amt eines Vorsitzenden der Kreissparkasse verfügen;

b) Durchsiebung der jetzigen Landräte daraufhin, ob sie die unter a erwähnten Eigenschaften besitzen;

c) größte Vorsicht gegenüber den vom Reichsbankpräsidenten Schacht getadelten Leistungen, ihre Sparkassen zu Kommunalbanken auszubauen.

General v. Nathusius als Vorgesetzter und Mensch.

Ueber den in Lothringen verhafteten General v. Nathusius geht uns folgende Schilderung zu:

Verehrliche Redaktion!

Mit Ihrem warmen Eintreten für den Herrn General v. Nathusius haben Sie mir eine ganz besondere Freude bereitet. Es ist geradezu schändlich, daß ihn die Franzosen ins Gefängnis gesetzt haben. Ich habe von 1903 bis 1911 unter ihm in Forbach gestanden, wo er Kommandeur des Trainbataillons war. Damals herrschten in der Garnison nicht gerade musterhafte Zustände, wie der damals erschienene Bilderroman zeigt, und Herr v. Nathusius wurde darüber versetzt, um Ordnung zu schaffen, weil er sicher auch bei seinen Vorgesetzten als ein ganz unladeliger und streng hersischen Offizier bekannt war. Es gelang ihm auch, wieder Zucht und Sitte in die Garnison zu bringen. Zugleich hat er sich bei den Truppen und bei der Bevölkerung die allergrößte Beliebtheit gewonnen. Im Dienst war er sehr streng, aber unbedingt gerecht und kannte keine Bevorzugung. Und außer Dienst war er wegen seines menschlichen Wesens und seiner gleichmäßigen hersischen Freundlichkeit und seines Verständnisses allgemein verehrt und beliebt. Alle, die Truppe wie die Bevölkerung, haben es aufs herzlichste bedauert, als er 1911 nach Koblenz versetzt wurde, und daß, wie Sie in der Zeitung berichtet haben, aus Forbach und weiteren Teilen Elsaß-Lothringens die lebhaftesten Proteste gegen seine jetzige Verhaftung laut geworden sind, beweist, daß er dort auch heute, nach 14 Jahren, noch in getreuer Erinnerung ist. Alle, die unter ihm gedient haben, und alle, die ihn außerdienstlich kennen, werden bekunden, daß dieser tief religiöse, sittenstrenge und vorbildlich ehrenhafte Offizier gänzlich außerstande ist, Taten zu begehen, wie sie ihm von den Franzosen zur Last gelegt werden. Das Ganze ist nichts als irgendeine heimtückische Anzeige und ein Racheakt der Franzosen und deshalb muß unsere Regierung alles tun, damit die Freiheit und Ehre des Generals von Nathusius wieder hergestellt werden.

Hochachtungsvoll

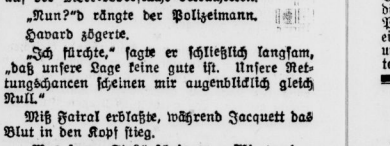
Albert Ahrens, Eisenbahnsekretär.

Ammendorf b. Halle, d. 12. Nov.

*

Der Oberreichsanwalt hat auf Grund der bekanntgewordenen Beschuldigung gegen General von Nathusius ein Ermittelungsverfahren eingeleitet. Schon jetzt liegen zahlreiche Zeugenaussagen vor, aus denen einheitlich hervorgeht, daß die Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit des Generals v. Nathusius überall bekannt war.

Der „Chicago Tribune" zufolge plant die Internationale Handelskammer, zur **Vervollständigung des Dawesplanes** eine Generalenquete über den Handel und die Industrie der ganzen Welt durchzuführen. Der Plan wurde von Owen Young, Henry Robinson, William Booth und mehreren anderen hervorragenden Staatsmännern angeregt. Der Hauptzweck der Enquete ist, **die Stellung, die jede Nation in dem neuen Wirtschaftssystem der Welt einnimmt, genau zu definieren und zur Belebung des Handels beizutragen.**



Die Insel der verlorenen Schiffe.

Roman von Crittenden Marriott.

Ins Deutsche übertragen von Otto Reichard.

5. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Aber Dorothy machte noch einen Umweg. Als sie zehn Minuten später im Speisesaal erschien, kam sie aus ihrer Kabine, die glücklicherweise im Hinterteil und über der Wasserlinie lag. Havard stellte zu seinem Vergnügen fest, daß sie diesen kurzen Zeitraum dazu benützt hatte, ihre Toilette zu wechseln und ihre Frisur in Ordnung zu bringen.

Das junge Mädchen näherte sich rasch dem Tisch. Das mürrische Gesicht Jacquetts entging ihr nicht. Sie errötete ein wenig.

„Ch, warum haben Sie denn auf mich wartet? Ich hatte Sie doch gebeten, dies nicht zu tun."

Dann setzte sie sich schnell und sagte: „Ich habe aber auch Hunger."

Der ausgezeichneten Qualität des Gebotenen mußte selbst die trübe Stimmung weichen, in der sich die drei befanden. Sogar an Bord eines Schiffes, das in abscheuerlicher Zeit sinken muß, verzweifelt der Mensch nicht, wenn er an gut gedecktem Tische sitzt, und wenn im Augenblick des Essens das Meer nicht allzu bedrohlich erscheint. Das Schlimmste, so dachten Miß Fairal und Jacquett, war vorüber. In ein bis zwei Tagen würde irgend ein Schiff ihnen zu Hilfe kommen, und bald würden alle Leiden vergessen sein. Nur Havard, der die Seekarte besser kannte als seine Kameraden, dachte anders. Er widersprach zwar ihren hoffnungsvollen Aeußerungen nicht, blieb aber selbst recht skeptisch.

„Ich muß unsere Sache erst einmal gründlich studieren, um ein Urteil abgeben zu können," antwortete er regelmäßig auf die Fragen, die von beiden Seiten auf ihn einstürmten.

Als die Tafel aufgehoben war, sagte Dorothy fröhlich: „Die Hauswirtschaft übernehme ich. Sie haben beide Wichtigeres zu tun. Wenn Mister Havard im Klaren über unsere Lage sein wird, vereinigen wir uns wieder hier und halten Kriegsrat ab."

Havard verbeugte sich und ging hinaus. Er warf bloß einen Blick auf das Meer und erkannte sofort, daß seine düsteren Ahnungen übertroffen wurden. Die „Queen" trieb immer weiter in das Sargasso-Meer hinein, und ein starker Westwind drückte das Schiff dem Osten zu in immer dichtere Algenschichten. Hie und da tauchten kleinere und größere Wracks auf, stumme Zeugen von Katastrophen, deren Zeit und Ort sich nicht mehr feststellen ließen. Der Schiffbruch hatte sich vielleicht in diesen Breiten abgespielt, vielleicht auch Tausende von Seemeilen entfernt. Und der Weg, den sich diese Wracks durch die Algenschicht gebahnt, bedeckte sich hinter ihnen bald wieder mit unzähligen Pflanzen, die sich ineinander verstrickten und ein undurchdringliches Hindernis bildeten. Daß ihnen hier Hilfe werden könnte, wagte Havard nicht zu hoffen. Kein Schiffskapitän würde es wagen, sein Schiff in dieses Algennest zu verstricken; übrigens würde es auch wohl keinem gelingen, sein Schiff innerhalb dieser Schichten weiter vorzutreiben. Die Algenschicht schien so dick, als ob sie einen Mann tragen könnte; sei. Wer den Versuch machte, seinen Fuß aber der Seemann wußte, daß dies nur Trug auf den Algenmantel zu setzen, würde auf Nimmerwiedersehen verschwinden.

Wie jeder Seemann, der diese Gegenden befahren, hatte auch Havard die seltsamsten Märchen über das Sargasso-Meer gehört. Er erinnerte sich jetzt sehr wohl daran, wie die Matrosen einander stundenlang phantastische Geschichten über verschwundenel Schiffe erzählt hatten, die angeblich inmitten dieses Sargasso-Meeres festgehalten würden. Daß diese Schiffe nicht leben und nicht sterben können, bis sie schließlich, vielleicht erst nach Jahrhunderten, dem Zersetzungsprozeß anheimfielen.

Und in diese Teufelsgegend hinein trieb die „Queen" langsam, aber ohne Aufenthalt. Wenn sie nicht vorher unterging, so war mit Gewißheit anzunehmen, daß sie dem Mittelpunkt dieser seltsamsten aller Totenstädte zustrebte.

Welch Schauspiel wird sich uns dort offenbaren? fragte sich Havard. Ob es wirklich der Wahrheit entspricht, daß sich dort Wrack an Wrack reiht und drängt, so daß man von einem zum anderen spazieren kann? Und welche Ausdehnung mag diese Schiffsanhäufung annehmen?

Die Seeleute versicherten, wenn sie ihr Garn spannen, daß das Sargasso-Meer in seiner Ausdehnung hinter Europa nicht weit zurückstehe und daß derjenige Teil, in den ein Eindringen unmöglich sei, größer wäre, als die Britischen Inseln zusammengenommen. Was die Fläche anbetrifft, die sie die Insel der verlorenen Schiffe nannten, in der Wrack an Wrack liegen sollte, so glaubten sie, daß ihr Durchmesser 200 bis 300 Seemeilen betragen müsse. Schließlich aber waren dies alles ja nur Seemannserzählungen, nicht mehr wert, als die vom Klabautermann oder vom Fliegenden Holländer. Wie verhielt es sich nun in Wirklichkeit?

„Mister Havard?"

Havard wandte sich um. Hinter ihm standen Dorothy und Jacquett, die mit immer größerem Erstaunen, die üppige Vegetation auf der Meeresoberfläche betrachteten.

„Nun?" drängte der Polizeimann.

Havard zögerte.

„Ich fürchte," sagte er schließlich langsam, „daß unsere Lage keine gute ist. Unsere Rettungschancen scheinen mir augenblicklich gleich Null."

Miß Fairal erblaßte, während Jacquett das Blut in den Kopf stieg.

„Was sagen Sie?" schrie er. „Wir werden doch nicht etwa sinken?"

„Nein, von der Seite droht uns wohl keine Gefahr, aber sehen Sie doch einmal um sich," Havard machte eine halbkreisförmige Armbewegung, auf die Algen weisend, die bis zum Horizont hin reichten.

Der Polizeiinspektor folgte dieser Bewegung mit den Augen.

„Nun und was dann?" fragte er wütend.

„Hören Sie mich an. Sie sehen, wie dick die Algen hier sind; je weiter wir vordringen, um so dichter wird die Schicht. Immer weiter wird die „Queen" in das Sargasso-Meer hineingetrieben. Kein Schiff nimmt seine Route hier hindurch. Die Geschwindigkeit der Segelschiffe würde auf ein Minimum herabgesetzt werden, und die Dampfer könnten weder vorwärts noch rückwärts, da ihre Schrauben schon nach wenigen Umdrehungen sich in den Algen verstricken würden. Auf fremde Hilfe können wir also nicht rechnen. Sollte es uns gelingen, von der „Queen" herunter zu kommen, so nur durch eigene Kraft."

„Was könnten wir also unternehmen, Mister Havard?" fragte Dorothy ruhig.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241114019/fragment/page=0002